

MEHR GRÜN

FÜR WUNSTORF

Programm zur Kommunalwahl 2021



Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort.....	3
2. Umwelt, Stadtentwicklung, Verkehr und Bau.....	5
<i>Klimaschutz beginnt vor Ort.....</i>	<i>5</i>
<i>Für eine grüne Stadt.....</i>	<i>6</i>
2.1 Umwelt.....	7
2.2 Stadtentwicklung.....	8
2.3 Verkehr.....	9
3. Soziales, Senior*innen, Integration, Gleichstellung.....	12
3.1 Soziales.....	12
3.2 Senioren*innen.....	12
3.3 Integration.....	13
3.4 Gleichstellung.....	14
4. Familie, Jugend, Bildung, Öffentliche Sicherheit.....	15
4.1 Familie.....	15
4.2 Jugend.....	16
4.3 Bildung.....	16
4.4 Öffentliche Sicherheit.....	17
5. Kultur, Sport, Feuerwehr.....	18
5.1 Einleitung.....	18
5.2 Kultur.....	18
5.3 Sport.....	19
5.3 Feuerwehr.....	19
6. Arbeit, Wirtschaft, Finanzen.....	21
6.1 Einleitung.....	21
6.2 Arbeit.....	22
6.3 Wirtschaft.....	23
6.4 Finanzen.....	25
7. Fazit.....	27

1. Vorwort

Liebe Wunstorfer*innen,

wir werden uns in den nächsten Jahren für eine soziale, umweltverträglich agierende und damit lebenswerte und zukunftsorientierte Stadt einsetzen, damit Wunstorf auch für nachfolgende Generationen ein attraktiver Ort zum Wohnen, Arbeiten und Erholen – zum Leben bleibt. Wir möchten, dass Wunstorfer*innen sich wohlfühlen und sicher sein können, dass ihre Stadt auch für ihre Kinder und Enkel noch lebenswert sein wird. Dafür stehen wir und dafür werden wir uns im Stadtrat, in den Ortsräten und im Rathaus aus tiefster Überzeugung einsetzen. Das meinen wir mit „**Mehr Grün für Wunstorf**“.

„**Mehr Grün für Wunstorf**“ bedeutet für uns auch das Ziel, nach der Wahl personell gestärkt im Stadtrat und den Ortsräten arbeiten und erstmals auch den Bürgermeister für die Stadt Wunstorf stellen zu können.

Hierfür brauchen wir Ihre und Eure Unterstützung!

Um unsere Vision einer nachhaltig lebenswerten Stadt Wirklichkeit werden zu lassen, sind in unterschiedlichen Bereichen Aktionen erforderlich. Die Leitlinien hierfür und geeignete Maßnahmen zur Umsetzung haben wir in diesem Wahlprogramm beschrieben.

- Zunächst sind die **Corona-Pandemie und deren soziale und wirtschaftliche Folgen** zu bewältigen, indem wir besonders stark betroffene Menschen, Unternehmen und gesellschaftliche Gruppen unterstützen. Dazu kann es auch weiter erforderlich sein, dass die Stadt Kredite aufnehmen muss. Wenn in der Not geholfen werden muss, ist dieses aus unserer Sicht geboten, auch wenn wir mittelfristig ausgeglichene Haushalte und langfristig eine Entschuldung der Stadt anstreben.
- Der Klimawandel macht während der Pandemie keine Pause. Wir treten daher konsequent **für Umwelt- und Arten- und Klimaschutz** ein, für eine aktive Klimaschutzpolitik mit einer nachhaltigen Stadt- und Dorfentwicklung und der Stadt Wunstorf als Vorbild für Unternehmen und Bürger*innen. So ist es unser Ziel, alle städtischen Gebäude bis spätestens zum Jahr 2035 klimaneutral zu gestalten.
Für uns ist es wichtig, unsere Politik nach den Bedürfnissen der Bürger*innen auszurichten und mit ihnen gemeinsam unser liebens- und lebenswertes Wunstorf zu gestalten. Wir setzen uns für einen kontinuierlichen Dialog von Bürger*innen, Politik und Verwaltung u. a. über eine Internetplattform ein und unterstützen bürgerschaftliches Engagement, wenn es nachhaltig positiv für unsere Stadt wirkt.
- Wir haben unsere gesamte Gesellschaft im Blick und möchten, dass **alle Menschen optimal in Wunstorf wohnen** können. Dazu setzen wir uns für sozialen Wohnungsbau und bezahlbare Wohnungen für alle ein und ermöglichen die Schaffung nachhaltiger Ein- und Mehrfamilienhäuser. Wir unterstützen neue Wohnformen in allen Ortsteilen zum Beispiel für Gemeinschaften älterer Menschen und generationenübergreifende Projekte und eine wohnortnahe Versorgung. Um dieses zu erreichen, wollen wir eine altersgerechte Quartiersentwicklung aufbauen.
- Kinder sind die Zukunft der Stadt. Wir setzen uns daher für **Kinder und Familien** ein. Der weitere Ausbau und die Flexibilisierung der Kinderbetreuung sowie die Umwandlung der Grundschulen in Ganztagschulen sollen intensiviert werden, damit künftig Familie und Beruf für alle Eltern in Wunstorf besser vereinbar sind.

- **Alle Bürger*innen sollen sich in Wunstorf sicher und gefahrlos bewegen können.** Dazu gehört eine gute Anbindung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und eine Stärkung des Radwegenetzes, um die Stadtteile und Dörfer miteinander zu verbinden. Der Verkehrskollaps in der Kernstadt und Engpässe in Steinhude müssen durch intelligente und innovative Lösungen bewältigt werden. Unser Ziel ist eine bedarfsge-rechte Stadtentwicklung, die alle Verkehrsteilnehmer*innen gleichberechtigt berücksichtigt.
- **Wir setzen uns für eine vielfältige und bunte Kulturszene ein,** weil ein vielschichtiges und gut funktionie-rendes Kulturangebot zu einer lebens- und liebenswerten Kommune gehört und die Lebensqualität erhöht. Ob Konzerte, Theater, Ausstellungen und vieles mehr. Besonders nach der Corona-Pandemie müssen Kunst und Kultur auch öffentlich gefördert werden.
- Wir wollen eine **nachhaltige Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts** Wunstorf, um den Menschen einen hervorragenden Lebensraum im Einklang mit Umwelt und Natur und zugleich den zukunftsweisenden Un-ternehmen eine gute Entwicklungsperspektive zu bieten. Dazu setzen wir auf Innovationen, Unternehmensgrün-dungen und -ansiedlungen, die zur Wirtschaftsstruktur Wunstorfs passen, sichere Arbeitsplätze auch außerhalb von Logistik und des Niedriglohn-Sektors bieten und zur Steigerung von Lebensqualität, Erhalt der Umwelt und zum Klimaschutz beitragen.
- Wir möchten den **Tourismus-Standort Steinhude zukunftsfähig weiterentwickeln,** mit nachhaltigem Tou-rismus neue wirtschaftliche Chancen erschließen und mit besseren Verkehrskonzepten die Bewohner*innen Steinhudes entlasten.

Wir haben eine Vision und ein Programm, mit dem wir uns gemeinsam mit Ihnen auf den Weg machen wollen, Wunstorf zukunftsfähig und nachhaltig zu gestalten. Dabei werden wir die Idee 'Stadt des Miteinanders' in unse-re Überlegungen einbeziehen. Wir sind offen für Kooperationen mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Partei-en, die unsere Grundwerte teilen. Wir sind bereit Verantwortung zu übernehmen, in den Ortsräten, im Rat und im Rathaus. Dazu braucht es stabile politische Verhältnisse im Rat. Wir wollen vertrauensvoll und verlässlich mit möglichen Partner*innen zusammenarbeiten. Unsere Entscheidung über Bündnisse wird sich allein danach ausrichten, wie wir die besten Ergebnisse für Wunstorf erreichen können.

Wir haben Wunstorfer Bürger*innen dazu eingeladen, sich online an dem Prozess zu unserem Wahlprogramm zu beteiligen und haben die Ergebnisse aufgenommen. Nun laden wir Sie ein, unser Programm auf den folgen-den Seiten zu entdecken, mit uns ins Gespräch zu kommen – per E-Mail, Social Media oder auf einer Veran-staltung – und freuen uns auf Ihre Unterstützung und Stimme bei der Kommunalwahl (Stadtrat, Ortsräte, Regi-onsversammlung) und der Bürgermeisterwahl für **unseren Kandidaten Frank Kettner-Nikolaus** am 12. Sep-tember 2021.

2. Umwelt, Stadtentwicklung, Verkehr und Bau

“**Mehr Grün für Wunstorf**“: Bis zu dem Ziel einer klimaneutralen Stadt ist es noch ein weiter Weg. Den Menschen kann es nur auf einem gesunden Planeten mit einer gesunden Tier- und Pflanzenwelt wirklich gut gehen. Unser Ziel ist, dass auch die nächsten Generationen in unserer Stadt in einer intakten und lebenswerten Umwelt leben können. Um dieses zu erreichen, ist in den Bereichen Umwelt, Stadtentwicklung, Verkehr und Bau eine ganze Menge zu tun.

Klimaschutz beginnt vor Ort

Wirksamer Klimaschutz ist auch eine kommunale Aufgabe. Es geht um nicht weniger als die zukünftige Bewohnbarkeit weiter Teile des Planeten und das Überleben unzähliger Tier- und Pflanzenarten – und damit nicht zuletzt um den Schutz von Sicherheit und Wohlstand für alle. Die Kosten einer ungebremsen Klimakatastrophe wären nicht zu beziffern. Darum müssen wir auch vor Ort unseren Beitrag dazu leisten, dass Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen erfüllt. Investitionen für mehr Klimaschutz sind notwendig: für die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Diese sind nicht nur Ausgaben, sondern sie bieten echte Chancen für unsere Stadt.

Eine gute Stadtverwaltung geht als Vorbild voran. Unser Ziel ist ein klimaneutraler öffentlicher Gebäudebestand bis spätestens zum Jahr 2035. Hierfür werden wir kommunale Liegenschaften energetisch sanieren, Niedrig-, Passiv- oder Plus-Energie-Gebäude als städtischen Neubau-Standard festlegen und den Einsatz erneuerbarer Energien für Wärme und Strom forcieren. Ein großes Potenzial für die Energieerzeugung bieten die Dächer der öffentlichen Gebäude. Wir wollen erreichen, dass Solardächer zum Standard bei Dachsanierungen werden, wenn die Statik der Gebäude es zulässt.

Wir werden Unternehmen und private Hauseigentümer*innen bei der energetischen Sanierung von Gebäuden unterstützen. Als Kommune wollen wir die Heizungsmodernisierung und den Zubau von regenerativen Energiequellen für Wärme, Strom und Elektromobilität im Rahmen von entsprechenden Programmen fördern.

Wir sind uns bewusst, dass die Folgen des Klimawandels auch in Wunstorf spürbar werden. Insbesondere vor den Gefahren durch Starkregenereignisse und Hitzeperioden möchten wir die Wunstorfer*innen schützen. Hierfür werden wir mögliche Schwachstellen in der Infrastruktur analysieren und ein Konzept zur Anpassung an Klimafolgen erarbeiten.

Die **Umweltverbände** sind für uns wichtige Partner, die die Interessen unserer gemeinsamen Lebenswelt kompetent vertreten. Ihre wichtige Arbeit wollen wir weiterhin unterstützen und uns einbringen.

Besonders fördern wollen wir die **Umweltbildung**, die an Schulen, in Umweltverbänden und in freien Bildungseinrichtungen betrieben wird.

Wir setzen auf klimaneutrale Energie aus Sonne, Wind und Wasser, auf das Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel, auf nachhaltige Unternehmen und ressourcensparende Wohn- und Lebensmodelle.

Wir wollen Wunstorf zu einem Vorbild für modernes, klimagerechtes Wirtschaften und eine umwelt- und menschengerechte Mobilität machen. Dies gelingt nur im Dialog und mit Rücksicht auf unterschiedlichste Interessen. Deswegen wollen wir die Wege zu einer solchen umweltgerechten Zukunft gemeinsam mit den Bürger*innen unserer Stadt beschreiten und kontinuierliche Möglichkeiten der Beteiligung bieten.

Für eine grüne Stadt

Wunstorf wird Mitglied im Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt", das die von der Bundesregierung 2007 beschlossenen nationalen Strategien zur biologischen Vielfalt umsetzt. Ziel ist es, mehr Natur in jede Kommune zu bringen. Wunstorf kann sich zur **Stadt der Artenvielfalt** und somit als Leuchtturmprojekt für die gesamte Region entwickeln.

Flächen, die nicht von Teer und Beton versiegelt wurden, sind in einer Stadt besonders wertvoll: Parks und Wälder, Alleen und Gärten verbessern die Luftqualität und das Klima in der Stadt vor allem an heißen Tagen und beugen Überschwemmungen vor. Sie sind unverzichtbar für Entspannung und Freizeitgestaltung und können bei entsprechender Ausgestaltung vielen Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum bieten.

Wir setzen uns für den **Schutz unversiegelter Flächen** in der Stadt ein und geben ihnen ein hohes Gewicht gegenüber den Flächenbedürfnissen beispielsweise für Wohnungsbau oder die Entwicklung von Gewerbegebieten. Vorrang hat für uns die Sanierung, Umnutzung und bessere Ausnutzung von Brachen und anderen bestehenden Flächen (Flächenrecycling, Nachverdichtung). Wo es sinnvoll ist, setzen wir uns für die Umgestaltung versiegelter Flächen in Grünflächen ein. Für den Artenschutz bedeutsame Gebiete dürfen nicht zu Bau- oder Gewerbegebieten werden.

Grünflächen sollen möglichst naturnah gestaltet werden, um **die Artenvielfalt in unserer Kommune zu fördern**. Dazu zählt insbesondere der Verzicht auf chemische Unkraut- und Insektenvernichtungsmittel. Zugleich müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, die Stadt auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten. Wir wollen weiter Anreize schaffen, an Fassaden und – wo eine Nutzung für Solarenergie nicht dagegen spricht – auf Hausdächern grüne Oasen in der Stadt zu schaffen. Verbliebene landwirtschaftliche Nutzflächen im Stadtgebiet sollten nach Möglichkeit erhalten bleiben und ökologisch bewirtschaftet werden.

Für uns stehen der Naturschutz und die Erholung im Vordergrund. Die Aufforstung des kommunalen Waldes wurde im Jahr 2020 begonnen; dies werden wir weiterführen. Die Waldflächen müssen in ihrem jetzigen Umfang erhalten und in einem wachsenden Anteil als Naturwald ihrer natürlichen Entwicklung überlassen werden. Eine wirtschaftliche Nutzung kommt für uns nur in dem Umfang in Betracht, soweit sie mit den Grundsätzen der ökologischen Waldwirtschaft vereinbar ist.

Es gilt vor allem, den Strombedarf für Gebäude weiter zu reduzieren. Für Neubauten wollen wir zukünftig den **Passiv-, Niedrig- oder Plus-Energie-Standard** festschreiben. Die Förderprogramme zur Wärmedämmung und energetischen Sanierung bestehender Gebäude wollen wir fortschreiben und nach Möglichkeit ausweiten. Bei Neubauten wollen wir mit geeigneten Fördermaßnahmen dazu beitragen, dass auch deutlich mehr bestehende Dachflächen für die Erzeugung von Solarenergie genutzt werden.

Mit der ‚Biodiversitätsstrategie‘ versucht die EU bereits seit 2001, dem ungebrochenen Rückgang von Arten, genetischer Vielfalt und Verlust von Lebensräumen zu begegnen und geschädigte Ökosysteme wiederherzustellen. Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist wichtig, denn diese bildet eine unserer wertvollsten Lebensgrundlagen. Wohnumfelder wie Gärten, Innenstädte, Verkehrsräume wie Parkplätze, Verkehrsinseln und Straßenbegleitgrün können Orte dieser Vielfalt sein. Der Schlüssel für die Rückkehr vieler heimischer Arten ist die nachhaltige Gestaltung dieser Räume. Dazu müssen neue Entwicklungs-, Gestaltungs- und Pflegekonzepte erstellt werden.

Der Sicherung und Entwicklung des Waldes als Lebensraum für wildlebende Tiere und wildwachsende Pflanzen wollen wir in besonderer Weise Rechnung tragen. Dazu gehört, auch künftig grundsätzlich nur standortgerechte, europäische Baumarten im Rahmen der waldbaulichen Förderung zu pflanzen.

2.1 Umwelt

Das Thema Umwelt ist bekanntermaßen ein besonderer Schwerpunkt für uns. So haben wir uns in den letzten Jahren u. a. eingesetzt für

- Verzicht des Einsatzes des krebserregenden und Biodiversität schädlichen/-vernichtenden Herbizid-Wirkstoffs Glyphosat auf Flächen der Stadt sowie gegen das Aufbringen von Pestiziden auf städtischen Grundstücken.
- Ausweitung und Patenschaften von Blühstreifen zum Erhalt der Artenvielfalt und Änderung des Flächennutzungsplan Willi-Langhorst-Straße, Krötenpopulation.
- Zusammenarbeit mit Fridays for future, Teilnahme an den Freitagsdemonstrationen gegen den Klimanotstand.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Aktionen zum Erhalt der Artenvielfalt: Initiierung eines runden Tisches mit dem Ziel des Informationsaustauschs und der Umsetzung von gemeinsamen Aktionen.
- Aktiver Einbezug und Unterstützung der Klimaschutzagentur der Region und langfristige Sicherstellung einer/s Klimaschutz-Manager*in in Wunstorf.
- Dialog mit der Landwirtschaft bei Überlegungen zum Erhalt der Artenvielfalt, Unterstützung der ökologischen Bewirtschaftung landwirtschaftlich und gartenbaulich genutzter Flächen unter Verzicht auf Pestizide.
- Grundwasser ist Allgemeingut, diese Vorgabe muss in allen Vereinbarungen berücksichtigt werden.
- Beim Bau der Nordumgehung Verbindungen zwischen den einzelnen Lebensräumen der Menschen und Tiere realisieren (Tunnel/Überführungen).
- Naturnahe Entwicklung sowie die Erweiterung dauerhafter Strukturelemente in der Feldflur wie Feldgehölze, Hecken, Säume und Gewässer-Randstreifen, Baumreihen und Kleingewässer.
- Erhalt und die Entwicklung von Biotopen mit extensiver Nutzung wie Trockenrasen, Feucht- und Nasswiesen oder Hutewälder.
- Anlage und Pflege mehrjähriger Blühstreifen und -wiesen mit standortgerechten, heimischen Arten.
- Bewirtschaftungsweisen, die dem Erhalt seltener, gefährdeter, besonders geschützter oder streng geschützter Arten dienen.
- Schaffung und Vernetzung von Trittsteinbiotopen.
- Arten- und blütenreiches kommunales Grün anlegen und insbesondere Grüngürtel im innerstädtischen Bereich erhalten.

- Einrichtung eines „Baumpflanzkatasters“.
- Im Grünflächenmanagement den Aspekt des Erhaltes der Artenvielfalt anpassen und Ausgleichsflächen darin einbeziehen.
- Unterstützung von Hauseigentümer*innen bei der Gestaltung ihrer Gartenflächen und Information über bestehende Fördermaßnahmen. Um dem Klimawandel und dem Artensterben etwas entgegenzusetzen, sollten Vorgärten nicht nur aus Schotter bestehen, sondern aus einer Grünfläche: bunt, vielfältig und naturnah gestaltet sein. Wir wollen eine konsequente Einhaltung der Landesbauordnung von Niedersachsen.
- Naturnahe Gestaltung von Spielplätzen, Schulhöfen und –gärten.
- Den Waldwirtschaftsplan überarbeiten, um Naturwald zuzulassen.
- Sondierung der Erschließung von Tiefengeothermie als Energiequelle, insbesondere am Kali+Salz Standort.
- Idee zur Fischtreppe am Steinhuder Meerbach - einheimische Aale im Steinhuder Meer.

2.2 Stadtentwicklung

Wir sind für die Prüfung und Fortschreibung eines Stadtentwicklungskonzepts, das nachhaltige Stadt- und Dorfentwicklung sowie nachhaltiges Leben sozial gerecht umsetzt. Wir unterstützen und fördern bürgerschaftliches Engagement, um die Nahversorgung in den Ortsteilen sicher zu stellen, wie dieses zum Beispiel mit dem Dorfladen Bokeloh erfolgreich gelungen ist. Und wir fördern und fordern Maßnahmen zur Begrünung von Siedlungsflächen, wie zuletzt

- Hecken und Blühstreifen entlang des Fahrradweges (alte Bahntrasse) in Großenheidorn und des Weges zwischen der Gartenstraße und An der Trift.
- Wegerandstreifen Nordumgehung und Bebauungsplan Uferstraße mit Baumpflanzung.
- Initiativantrag über die einstweilige Sicherstellung von ortsbildprägenden Bäumen sowie eine Baumschutzsatzung im Ortsteil Steinhude.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Konsequente Akquise und Nutzung von Fördermitteln aus der EU, von Bund und Land, insbesondere zu Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr.
- Sicherstellung und Optimierung der Nahversorgung in der Stadt und den Ortsteilen.
- Erhalt öffentlicher Sport- und Bewegungsbereiche als relevante Komponenten für Lebensqualität und Gesundheit.
- Barrierefreiheit für den öffentlichen Raum gestalten und ausbauen, besonders in Fußgängerzonen und städtischen Gebäuden.
- Gleichberechtigung im Verkehr mit infrastrukturellem Fokus auf Fußgänger*innen und Radverkehr sowie innerstädtischer Verkehrsberuhigung.
- Ausbau des Radverkehrs über die Kreisel; außerorts mit Schaffung von Fahrradstraßen.

- Schaffung von wettergeschützten und kostenfreien Fahrradstellplätzen.
- Ausbau von Ladestationen für Elektroautos und E-Bikes u. a. am Bahnhof und in der Innenstadt und systematischer Aufbau einer Infrastruktur für E-Mobilität.
- Trimodalität mit Hafen und Gleisanschluss im Gewerbegebiet Süd unterstützen.
- Nachhaltigen Tourismus im Gebiet des Steinhuder Meers fördern und ein ganzheitliches Verkehrskonzept unter Berücksichtigung der Umgehung mit Priorisierung des Radverkehrs und E-Mobilität schaffen.
- Schaffung eines „sauberen“ Stadtbildes durch optimierte Abfallentsorgung im öffentlichen Raum.

2.3 Verkehr

Unser Ziel ist es, die Mobilität der Bürger*innen sowie unserer Gäste optimal sicherzustellen. Dafür müssen Belastungen durch Staus, überfüllte Parkplätze und Parkplatzsuchverkehr vermieden werden. Stattdessen braucht es neue Verkehrskonzepte wie zum Beispiel umweltfreundliche Shuttle-Services, einen Radschnellweg von Wunstorf nach Steinhude und eine Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Dazu gehören auch zeitgemäße Konzepte, die es ermöglichen, die Anzahl an Autos mit Verbrennungsmotoren auf unseren Straßen zu reduzieren.

Wofür wir uns zuletzt gezielt im Bereich Radverkehr eingesetzt haben:

- Radwege im Kreuzungsbereich rot zu markieren.
- Aufstellen von Stopp-Schildern an Straßen, die den Fahrradweg der alten Bahntrasse queren zur Sicherung des Fahrradverkehrs insbesondere der Kinder, die dort zur Schule fahren.
- Hindenburgstraße als Einbahnstraße umwandeln und Richtung Bahnhof als Fahrradstraße markieren.
- Antrag für Servicestationen für Radler*innen.
- Runden Tisch zum Radverkehr angestoßen.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Ausbau und Sanierung der Radwege zwecks einer sicheren Anbindung an den Bahnhof Wunstorf. Radfahrer*innen sollen über eine „Grüne Welle“ eine schnellere Durchfahrt in der Kernstadt erhalten.
- Prüfung der Idee kommunales Carsharing mit E-Autos.
- Verkehrsringe mit breiten, gut ausgeleuchteten Fahrradwegen auslegen, für eine hohe Priorität der Radmobilität. Erstellung und Einbezug eines Feldwege-Konzepts in die kommunalen Wegestrukturen.
- Radwege müssen sicher und leicht zu befahren sein (Ziel: keine Unfalltoten).
- Servicestationen für Radler*innen ausweiten.
- Am Bahnhof Wunstorf, in der Innenstadt und an hoch frequentierten Haltestellen des ÖPNV schnelle Umsetzung weiterer Fahrradparkplätze, z. B. mit 2-Etagen-Boxen.

- Im Zuge der Ortsumgehung wollen wir den Ausbau eines Radschnellweges Wunstorf-Steinhude bei der Region beantragen.
- Zur Vermeidung von individualisiertem Nahverkehr unterstützen wir im Dialog mit der Region den Ausbau des ÖPNV.
- Bushaltestellen sollen barrierefrei ausgebaut werden.
- Für Steinhude als Tourismusstandort muss ein ganzheitliches Verkehrskonzept entwickelt und umgesetzt werden, um den Ortskern zu entlasten. Auf zusätzliche Parkplätze wollen wir verzichten, ohne die Anforderungen der Anlieger*innen zu vernachlässigen. Dieses sollte u. a. die Ideen eines Shuttlebus-Services zwischen Parkplätzen und touristischen Gebieten, die Prüfung der Machbarkeit eines Gleisanschlusses für Steinhude zur Inbetriebnahme einer Steinhuder-Meer-Bahn und den Ausbau von Radstellplätzen berücksichtigen.
- Konzept für nachhaltigen Tourismus entwickeln.
- Unterstützung eines Nachtflugverbots für den Flughafen Hannover, um das zentrale Ziel der Nachtruhe zu erreichen.
- Frauentaxi installieren.
- Wir beteiligen uns aktiv an übergeordneten Planungen zur Verkehrsinfrastruktur wie z. B. DB-Trasse Hannover-Minden.

2.4 Bau

Zur Weiterentwicklung der Stadt Wunstorf mit ihren Ortsteilen wollen wir die Sanierung, den Umbau, die Schließung von Baulücken und bei Bedarf die Ausweisung neuer Baugebiete ermöglichen. Wir möchten damit sicherstellen, dass es ausreichenden Wohnraum gibt. In neuen Quartieren oder Wohngebieten wollen wir zugleich öffentlichen, sozialen Wohnungsbau berücksichtigen und privates Engagement unterstützen, das günstiges und umweltgerechtes Wohnen ermöglicht – auch für Menschen, die wenig Einkommen haben.

Wir setzen uns für Nachhaltigkeit beim Bauen und für nachhaltige Baugebiete ein. Baugebiete sollten daher möglichst verkehrsberuhigt in mehrgeschossiger, verdichtender Weise ausgelegt werden, die Gemeinschaftsflächen enthalten und Grünflächen mit mehrjährigem, heimischen Grün.

Wir wollen Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt zum festen Bestandteil städtischer Baupolitik und Bauleitplanung machen. Dieses beginnt bei der Prüfung der Notwendigkeit neuer Baugebiete und der Information und Beratung von Bauinteressierten, über die Festlegung von Baustandards und Energieträgern.

Zuletzt haben wir uns u.a. für eine Photovoltaikanlage auf der Mehrzweckhalle Großenheidorn, die anaerobe Klärschlammbehandlung und die Wohnraumförderung mit einer Anfrage eingesetzt.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, möglichst als Genossenschaft, ggf. in Kooperation mit dem Wunstorfer Bauverein.
- Fortsetzung einer konsequenten Innenverdichtung und Minimierung von neuer Flächenversiegelung.

- Berücksichtigung von ökologischen Wohnungsbaustandards und Ausweisung entsprechender exklusiver Baugebiete.
- Wir möchten Artenschutz bei Baumaßnahmen fördern, die Nistplätze an und in Gebäuden erhalten oder schaffen.
- Planung der energetischen Optimierung aller städtischen Gebäude, insbesondere Schulgebäude.
- Photovoltaik-Anlagen für städtische Gebäude.
- Förderung von Photovoltaik-Anlagen für private Neubau- und Ausbauprojekte.
- Prüfung des Aufbaus und der Nutzung dezentraler Netze für Neubaugebiete.

3. Soziales, Senior*innen, Integration, Gleichstellung

3.1 Soziales

Ob bei kommunalen Bürgerhaushalten, bei regionalen Online-Dialogen zum Netzausbau oder bei der Europäischen Bürgerinitiative: Bürgerbeteiligung findet heute vielfach im Internet statt und eröffnet neue Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung. Für uns ist es wichtig, unsere Politik nach den Bedürfnissen der Bürger*innen auszurichten und mit ihnen gemeinsam ein liebens- und lebenswertes Wunstorf weiter auszubauen. Dazu gehört, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, den Ausbau der Kinderbetreuung bedarfsgerecht zu steuern und auch die Bezahlung leistungsgerecht anzupassen.

Für eine bessere Vernetzung der Wunstorfer Vereine soll bei der Verwaltung eine Ansprechpartner*in zuständig sein, um so auch die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen zu unterstützen und zu würdigen.

Wir haben im Sozialbereich eine Reihe von Initiativen gestartet, u.a. einen Geschirrvleih für Feiern über unsere Geschäftsstelle Immergrün aufgebaut, uns für die Beschaffung von Defibrillatoren in der Stadt eingesetzt und durch Anfragen zu Themen wie herkunftssprachlicher Unterricht, städtisches Jobticket, Kinderschutzbund, Hunde mit Gefährdungspotenzial und Hochwasser auf die Verwaltung eingewirkt.

Woran wir mit grüner Politik künftig konkret arbeiten wollen:

- Bürgerbeteiligung mit einer Satzung institutionalisieren.
- Kommunale Kitas und Horte bedarfsangepasst auch in städtischer Trägerschaft bauen.
- Betriebliche Kitas unterstützen.
- Flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung in allen Ortsteilen gleichrangig.
- Vernetzung und mehr Unterstützung für Vereine und Ehrenamtliche, Ansprechpartner*in aktiv anbieten.
- Steigerung des Ehrenamtes durch mehr Unterstützung.
- Ausbau von sozialem und bezahlbarem Wohnraum fördern und intensivieren.

3.2 Senioren*innen

Die Lebenserfahrung und das Wissen älterer Menschen spielen in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle und ihre Bedeutung wird in der Zukunft noch weiter zunehmen.

Viele ältere Menschen haben heute den Wunsch, im Alter ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben zu führen. Dabei wollen sie die Chancen und Freiheiten nutzen, die das von familiären und beruflichen Verpflichtungen entbundene "dritte Lebensalter" bieten kann.

Entscheidend hierfür sind gut ausgebaute Strukturen im unmittelbaren Lebensumfeld, in der eigenen Wohnung, im heimischen Orts- oder Stadtteil. Dazu bedarf es einer altersgerechten Quartier-Entwicklung.

Für uns ist es wichtig, den Menschen auch im Alter eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Mit unserem Programm wollen wir gezielt auf die Bedürfnisse der älteren Generation eingehen.

Mehrgenerationenhäuser und gemeinsame Wohnquartiere für Jung und Alt fördern das gesellschaftliche Zusammenleben und sind ein Gewinn für alle Generationen. Das vorrangige Ziel muss ein aktives Miteinander der Generationen sein. Diese Entwicklung wollen wir unterstützen.

Die Ansiedlung von Dorfläden ist ein Gewinn für die dörfliche Gemeinschaft. Sie dienen nicht nur dazu, den täglichen Bedarf an Lebensmitteln zu decken, sondern sind auch ein Ort des Zusammentreffens und des Austauschs untereinander. Hier werden wir unterstützen und fördern.

Wir setzen uns dafür ein, die Umsetzung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum voranzutreiben, um allen Bürger*innen in Wunstorf gefahrlosen Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Wegen zu ermöglichen.

Für die »Digital Natives«, also die Generation der nach 1980 Geborenen, gehört das Internet völlig selbstverständlich zum Leben. Allerdings sind bei der Digitalisierung die Bedürfnisse der älteren Generation zu respektieren, damit wir diese Gruppe nicht aus den Augen verlieren. Dieses soll durch geeignete Hilfsangebote in Zusammenarbeit mit der VHS geschehen.

Die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Senioren*innen setzen wir fort.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Barrierefreiheit für den öffentlichen Raum und städtische Gebäude herstellen.
- Bushaltestellen behindertengerecht ausbauen.

3.3 Integration

Wir streben eine vielfältige, offene Gesellschaft an, in der die Würde aller Menschen und ihre gleichberechtigte Teilhabe höchste Priorität haben soll. Dies soll ohne Ansehen möglicher Beeinträchtigungen und ohne Ansehen des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, des Alters, des ethnischen, kulturellen und religiösen Hintergrundes erfolgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, auch die, die aus anderen Teilen der Erde aus unterschiedlichsten Gründen zu uns gekommen sind, Teil unserer Gesellschaft sind und Chancen haben, aktiv und gleichberechtigt mitzuwirken. Dazu gehört, dass Menschen:

- Zugang zu bestmöglicher Bildung erhalten,
- von ihrer Arbeit leben können,
- die es schwerer haben, Hilfe zu bekommen.

Wir wollen, dass alle Menschen ein möglichst eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben führen können. Inklusion endet nicht mit der Schulzeit.

Wir werden bei Planungsentscheidungen in Zukunft stets die Fachmeinung des Integrationsbeirats einbeziehen. Die Vorsitzenden des Integrationsbeirats und des Jugendparlaments haben eine beratende Stellung und werden ständiges Mitglied im Stadtrat. Die Unterstützung der Inklusion in Kindergärten, Schulen und im Arbeitsleben ist eine Selbstverständlichkeit und städtische Querschnittsaufgabe über alle Fachbereiche.

Wofür wir uns zuletzt eingesetzt haben:

- Schaffung muslimischer Grabfelder auf städtischen Friedhöfen.
- In Zusammenarbeit mit dem AK Asyl haben wir in unserer Geschäftsstelle Immergrün ein Flüchtlingscafé betrieben, das bis 2019 jeden Freitagvormittag geöffnet hatte.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Ansprechpartner*innen für die Belange von Menschen mit Behinderungen einsetzen.
- Fortsetzung der auf Integration ausgerichteten Arbeit durch Integrationsbeirat und Verwaltung.
- Verstärkte Integrationsmaßnahmen durch noch mehr kommunale Sprachkurse und Einbeziehung der heimischen Wirtschaft zwecks Bereitstellung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen.
- Sportmöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigungen schaffen.
- Allen Menschen Teilnahme an Kultur ermöglichen (Kulturtafel).
- Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen zu uns gekommen sind, die Chance geben, aktiver und gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft zu sein.
- Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit allen Menschen unserer Kommune.
- Fachkräftemangel durch gezielte Förderung abbauen.
- Vorsitzende des Integrationsbeirats und Vorsitzende*n des Jugendparlaments als festes Mitglied im Stadtrat etablieren.
- Wir setzen uns für Wunstorf als „Sicherer Hafen“ für Flüchtlinge ein.

3.4 Gleichstellung

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine der zentralen Herausforderungen, um das Leben auch in unserer Kommune zukunftsfähig und gerecht zu gestalten. Dafür müssen Bürger*innen auf ihrem Lebensweg die gleichen Chancen sowohl persönlich als auch beruflich und familiär erhalten.

Vor allem Frauen sind am Arbeitsmarkt immer noch strukturell benachteiligt. Ziel der Gleichstellungspolitik ist es deshalb, faire Einkommensperspektiven zu schaffen und mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten bei ihren Aufgaben.
- Gendergerechte Sprache in der Verwaltung etablieren.
- Mehr Frauen in Führungspositionen in der Verwaltung und den Tochtergesellschaften bringen.
- Leistungs- und Chancengerechtigkeit stützen und fördern.

Unser Anspruch ist, alle Gruppen bei allen Entscheidungen gleichberechtigt zu berücksichtigen.

4. Familie, Jugend, Bildung, Öffentliche Sicherheit

4.1 Familie

Kinder sind unsere Zukunft, und in diese werden wir investieren. Wunstorf ist ein attraktiver Wohnort für Familien. Hierfür sprechen auch die in den letzten Jahren steigenden Geburtenraten.

Der Ausbau der Kinderbetreuung muss mit dieser Entwicklung Schritt halten. Wir sehen ein erhebliches Potenzial zur Nachbesserung, damit wirklich jedes Kind einen entsprechenden Platz bekommen kann. Ein flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung hat Priorität.

Ein weiteres Ziel ist, durch die organisatorische Bündelung dieser Einrichtungen kostensparende Synergieeffekte zum Beispiel in der Verwaltung, bei anstehenden Beschaffungsmaßnahmen oder beim Catering zu erreichen.

Die Gruppengrößen müssen schrittweise auf eine pädagogisch sinnvolle Anzahl von Kindern reduziert werden. Das pädagogische Personal pro Gruppe soll entsprechend der aktuellen wissenschaftlichen Standards erhöht werden. Das bedeutet für uns, dass die dritten Erzieher*innen in Kitas schnellstmöglich umgesetzt werden und nicht der erweiterte Rahmen bis 2025 ausgenutzt wird.

Um Familien in Wunstorf zu halten, ist es unabdingbar, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Vergabekriterien müssen den individuellen Lebensverhältnissen angepasst und nachvollziehbar sein.

Wofür wir uns zuletzt eingesetzt haben:

- Anfrage Kita zur Gebührenbefreiung/zusätzliche Kosten für Früh- und Spätbetreuung.
- Streuobstwiese am südlichen Dorfrand von Wunstorf.
- Förderung zur Anschaffung von Lastenfahrrädern für private Nutzer*innen.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Einbezug des Bundesprogramms 'kinderfreundliche Kommune'.
- Bedarfsgerechter Ausbau von kommunalen Krippen, Kitas und Horten auch in städtischer Trägerschaft.
- Flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung, gleichrangig in allen Ortsteilen.
- Unterstützung von Projekten in Unternehmens-Kitas.
- Dritte*n Erzieher*in je Kindergartengruppe.
- Regelmäßige Pflege und Instandhaltung der Spielplätze (Kataster erstellen).
- Ausbau des bezahlbaren Wohnraums, insbesondere für Familien mit Kindern sowie für junge Menschen.
- Transparentes Vergabeverfahren bei Bauland-Zuteilung für Bauwillige.
- Einrichtung eines verbindlichen Sozialrates zwischen Verwaltung, Politik und Sozialeinrichtungen mit regelmäßiger Kommunikation zu und mit den Sozialeinrichtungen der Kommune, um ständigen Kontakt zu sozialen Einrichtungen zu pflegen. So sollen sinnvolle soziale Einrichtungen erhalten oder reaktiviert und Auflösungen wie die des Kinderschutzbunds vermieden werden.

4.2 Jugend

Wunstorf muss bedeutend jugendfreundlicher werden: Wir wollen eine Jugendarbeit, die sich an alle Jugendlichen wendet und diese bei der politischen Gestaltung einbezieht. Die Anlaufstellen für Jugendliche müssen hinsichtlich der Anzahl der Jugendtreffs und vor allem bei der Ausstattung mit Sozialarbeiter*innen abgesichert und ausgebaut werden. Denn junge Menschen brauchen Plätze, an denen sie ihre Interessen ausleben können. Diese Angebote müssen an zentraler Stelle abgerufen werden können. Niemand soll allein gelassen werden.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Unterstützung von Projekten wie dem Kinder- und Jugendzentrum der Bau-Hof, „Kurze Wege“, „Wohnwelt“ oder Jugendtreffs der Stadtjugendpflege.
- Skaterbahn unter der Hochstraße.
- BMX-Trail in Wunstorfer Wäldern prüfen und schaffen.
- Attraktive Plätze und Orte für Kinder und Jugendliche schaffen und erhalten.
- Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament und Stadtschüler*innenrat.
- Niedrigschwellige Angebote mit Zugang zu digitalen Medien.
- Aufklärung über Islamismus sowie Rechts- und Linksextremismus in Zusammenarbeit mit Polizei und Schulen unterstützen.

4.3 Bildung

Kinder sollen individuell, fächerübergreifend länger gemeinsam lernen, sodass eine größtmögliche Durchlässigkeit zwischen den Schulformen entsteht. Der Unterricht fördert die sozialen, kreativen und kognitiven Fähigkeiten der Schüler*innen umfassend. Dafür ist individuelles Lernen und sprachliche Förderung die Grundvoraussetzung.

Wofür wir uns zuletzt eingesetzt haben:

- Anfrage Schulformwechsler*innen in Bezug auf Abstufung in eine niedrigere Schulform
- Ausweitung des Angebots an nachschulischer Betreuung/Hortbetreuung bzw. geeignetes, verlässliches Nachmittagsangebot für die Grundschul Kinder im Butteramt.
- Mehr Geld für Digitalisierung der Schulen.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Wir wollen allen Schüler*innen ermöglichen, am digitalen Unterricht zu partizipieren. Dazu müssen Schulen bedarfsorientiert digitalisiert werden und z. B. Leihpools für Endgeräte eingerichtet werden, wie sie an anderen Schulen bereits etabliert sind. Fördermittel aus dem Digitalpakt für Schulen sollen vollständig genutzt werden.
- IT-Beauftragte für alle Schulen organisieren, die auch eine Unterstützung der Lehrkräfte realisieren.
- Grundschulen zu Ganztagschulen umbauen.

- Schulhöfe von Asphaltflächen in Erlebnisplätze für Kinder naturnah umgestalten. Dieses geschieht durch mehr Bäume und schuleigene Gärten, deren Pflege in pädagogische Arbeit mit einbezogen werden kann. Die Öffnung muss für alle Kinder an schulfreien Nachmittagen gewährleistet sein.
- Optimierung der Essensversorgung an Schulen und Kitas.
- Barrierefreiheit an KiTas und Schulen; Inklusion als Grundsatz etablieren.
- Regelmäßiger Austausch mit dem Stadt Eltern- und Stadtschülerrat.

4.4 Öffentliche Sicherheit

Wunstorf ist eine sichere Stadt. Dennoch nehmen wir es ernst, dass Bürger*innen sich in ihrem subjektiven Sicherheitsempfinden nicht sicher fühlen. Als Beispiele seien hier der Bahnhof und sein Umfeld sowie die Hindenburgstraße zur Nachtzeit genannt. Die gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsamt soll besonders an diesen Stellen, aber auch insgesamt ausgebaut werden. Bekannte kritische Bereiche sollten verstärkt überwacht werden, um die Einhaltung von Gesetzen sicherzustellen. Unser Fokus liegt auf der Präventionsarbeit: Hierbei kann die Stadt Wunstorf die Polizei, insbesondere die Kontaktbeamtin des Polizeikommissariats, aktiv unterstützen und gemeinsame Veranstaltungen z. B. in Schulen durchführen. Der Etablierung einer Drogenzone soll durch konkrete Hilfsangebote an die Betroffenen und polizeiliches Handeln entgegengewirkt werden.

Wir haben uns in der Vergangenheit bereits für die öffentliche Sicherheit eingesetzt, beispielsweise durch die Beantragung von Markierungslichtern an der Treppe von der Tongrube zum Dompfaffweg in Luthe.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Die Beaufsichtigung von Szeneplätzen wie z. B. den Bahnhof oder der Hindenburgstraße sicherstellen.
- Einsatz von Streetworker*innen an Hotspots.
- Verstärkung des Austauschs mit der örtlichen Polizei.
- Bildung eines Präventionsrates zwischen Verwaltung, Politik, sozialen Trägern und der Polizei.
- Ausweitung der Beleuchtung von dunklen Wegen und Gassen.
- Präventionsveranstaltungen zusammen mit der Polizei in den Schulen.

5. Kultur, Sport, Feuerwehr

5.1 Einleitung

Wir setzen uns für eine vielfältige und bunte Kulturszene ein, weil ein vielschichtiges und gut funktionierendes Kulturangebot zu einer lebens- und liebenswerten Kommune gehört und die Lebensqualität erhöht. Dabei unterstützen wir auch alternative Kulturangebote.

Kulturschaffende Einrichtungen und Sportvereine müssen weiter finanziell unterstützt werden. Um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und die Abwicklung zu vereinfachen, wollen wir die Einrichtung einer Fördersatzung mit Förderpauschale erreichen, dabei aber die enge Zusammenarbeit der Ortsräte mit den Akteuren erhalten.

5.2 Kultur

Wofür wir uns zuletzt eingesetzt haben:

- Die Bombardierung Guernicas ist jetzt in der JU 52 Halle dokumentiert und die Bundeswehr hat einen Gedenkstein mit einer Ratsvertreterin aus Guernica auf dem Fliegerhorst aufgestellt und feierlich eingeweiht.
- Städtepartnerschaft mit Guernica geplant, eine Straße soll nach Guernica benannt werden.
- Teilnahme am lebendigen Adventskalender, gemeinsam mit dem AK Asyl.
- Mehrfache Durchführung Grünes Kino in Küsters Hof.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Vernetzung aller Wunstorfer Kulturschaffenden sowie laufender und regelmäßiger Austausch mit Kulturring und Werbegemeinschaft zur kulturellen Arbeit.
- Stärkung, Unterstützung und Förderung des Ehrenamts wie z. B. Dorfmanufaktur Idensen, wo sich Künstler*innen und Kulturschaffende einbringen, KRUG (Kultur-Raum und Gemeinschaft) in Blumenau zur Schaffung oder dem Erhalt von Begegnungsstätten oder Kultur im Bürgerpark, Kunstschule sowie Räume für Subkultur schaffen und Alternativangebote wie z. B. die „WohnWelt“ mit einbeziehen.
- Hilfen in Folge der 'kulturfreien' Coronazeit und Unterstützung beim Aufbau danach.
- Stärkung der Kultur in und mit Pflegeheimen.
- Lichtshows statt Feuerwerk zum Natur- und Tierschutz etablieren.
- Gendergerechte Sprache in der Stadtverwaltung als gemeinsame Kulturgrundlage festigen.
- Unterstützung der Etablierung eines Stadtmuseums, Einrichtung möglichst als Veranstaltungsort.
- Einrichtung von Online-Angeboten mit einem Kulturkalender "Wunstorf geht aus".
- Aktivierung des Projekts 'Stolpersteine' in Wunstorf.

5.3 Sport

An der jährlichen Aktion „Stadtradeln“ nehmen wir von Anfang an teil. Zuletzt konnte damit die Anschaffung eines Lastenfahrrads für die Stadt erreicht werden.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Erhalt, Ausbau und Optimierung öffentlicher Sport- und Bewegungsbereiche wie z. B. des Bolzplatzes in der Barne, des Jahnplatzes und Erarbeitung einer Prioritätenliste.
- Frei zugängliche Sport- und Bewegungsangebote wie z. B. ein Calisthenics-Park (Gerätepark für Eigengewichtsübungen) im öffentlichen Raum schaffen.
- Junge Menschen wieder für Sport und ein miteinander zu interessieren.
- Unterstützung und Förderung der Sportkultur und dem Breitensport sowie Ausrichtung der Vereine in der “Nach”-Corona Zeit.
- Sicherung der Bad-Kultur (Freibad Bokeloh, Naturerlebnisbad Luthe, Wunstorf Elements) und Schwimmunterricht für alle ermöglichen.

5.3 Feuerwehr

Die freiwilligen Feuerwehrkräfte unserer Stadt tragen einen maßgeblichen Teil zur Sicherheit von uns allen bei. Zu jeder Tages- und Nachtzeit stehen sie im Ernstfall bereit und stellen ihr Privatleben hinten an. Dabei verrichten alle ihren Dienst ehrenamtlich. Dieses Engagement wollen wir nicht nur mit warmen Worten auf Versammlungen und Veranstaltungen würdigen, sondern uns tatkräftig für die Kinder- und Jugendfeuerwehren, die Einsatzabteilungen, die Alters-, Sonder- und Förderabteilungen einsetzen.

Im Fokus steht dabei

Die zügige Abarbeitung der notwendigen Baumaßnahmen in allen zehn Feuerwehrhäusern, die Planung und Umsetzung der Sanierung bestehender Standorte und ggf. notwendige Um- und Neubauten.

Wir müssen Fakten für das gemeinsame Gerätehaus Bokeloh/Mesmerode schaffen: Der Neubau muss endlich begonnen werden.

Bedarfsgerecht statt Mindestmaß

Die Ausrüstung unserer Feuerwehr soll künftig nicht nur den Mindestanforderungen entsprechen, sondern den tatsächlichen Herausforderungen Genüge tragen. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Ausstattung ein und wollen den Weg für optimale Fahrzeuge und Ausbildung ebnen.

Feuerwehr – mehr als ein Hobby

Den Brandschutz und die Sicherheit in unserer Stadt sicherzustellen, ist mehr als nur eine Freizeitaktivität. Feuerwehrmitglieder sollen daher künftig Vergünstigungen und Vorteile in ihrer Stadt genießen können. Andere Kommunen machen es mit kostenlosen Schwimmbadbesuchen, freiem Parken oder Rabatten bei den örtlichen Gewerbetreibenden vor. Wir wollen ein Konzept für eine spürbare Wertschätzung und faire Aufwandsentschädigungen umsetzen.

Standorte stärken

Ob das Steinhuder Meer, die Autobahn, die Kernstadt oder das dörfliche Leben. Die Feuerwehrmitglieder vor Ort sind ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir setzen uns daher für einen bedarfsgerechten Erhalt der Ortsfeuerwehren ein und wollen die Strategie von Kompetenzstandorten unterstützen.

Ja zur Feuerwehr

Bei der Nachwuchs- und Mitgliedergewinnung ist die Feuerwehr bisher größtenteils auf sich allein gestellt. Wir wollen die Kinder- und Jugendfeuerwehren in allen Aspekten stärken, die Öffentlichkeitsarbeit der Einsatzabteilungen ausbauen und die Zahl der fördernden und aktiven Mitglieder erhöhen – die Arbeit der Feuerwehr darf keine Selbstverständlichkeit sein. Wir werden dabei unseren Fokus auf die Mitgliedschaft von Mädchen und Frauen legen und diese unterstützen.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die geplanten Maßnahmen zur Fortentwicklung der Feuerwehr beschleunigt werden und dass möglichst zügig das neue Feuerwehrhaus Bokeloh – Mesmerode errichtet wird.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Unterstützung der Feuerwehr bei der Jugendarbeit in Verbindung mit der Stadtjugendpflege.
- Weiterhin zügige Abarbeitung der Prioritätenliste für Neubau/Renovierung der Gerätehäuser und für Anschaffung der Fahrzeuge.
- Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit, zusätzliche Anreize schaffen, wie z. B. über eine erweiterte Ehrenamtskarte.
- Unterstützung der Strategie von Kompetenzstandorten bei den örtlichen Feuerwehren.
- Eine Finanzierung für eine bedarfsgerechte Ausstattung (Arbeitssicherheit, Schulung, etc.) bedeutet mehr, als nur die notwendige Grundausstattung gemäß den gesetzlichen Vorgaben zu ermöglichen. Insbesondere dies muss in enger Abstimmung mit den Verantwortlichen erarbeitet und ernst genommen werden.
- Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Feuerwehr und Berücksichtigung der erstellten Prioritätenlisten für Ausstattung und Investitionen.

6. Arbeit, Wirtschaft, Finanzen

6.1 Einleitung

Wunstorf ist ein wichtiger Wirtschafts- und Lebensraum in der Region Hannover. Viele Menschen, die in Hannover arbeiten, schätzen Wunstorf als Wohnort mit hoher Lebensqualität – insbesondere dank dem Steinhuder Meer, der Natur, der Kultur, zahlreichen Rad- und Feldwegen sowie anderer Möglichkeiten der Naherholung.

Wunstorf ist lebens- und liebenswert. Viele Menschen, die aus der Region stammen, bleiben in der Region oder kehren nach Ausbildungszeiten zurück. Dabei profitiert Wunstorf von der guten Verkehrsanbindung nach Hannover. Menschen aus anderen Regionen Deutschlands und aus anderen Ländern, die in Hannover einen Arbeitsplatz annehmen, wählen Wunstorf als Wohnort. Wir fördern Wunstorf im Hinblick auf eine gute Lebensqualität vor Ort. Das bedeutet für uns eine gute Aufenthaltsqualität, gesunde Freiräume und Möglichkeiten zur Mobilität.

Die Wunstorfer Region ist auch für Urlauber*innen aus dem In- und Ausland sehr attraktiv, so dass der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und treibende Kraft ist. Die Nachfrage nach nachhaltigem Urlaub steigt stetig. Nicht nur Anwohner, auch Touristen wünschen sich eine intakte Umwelt und authentische kulturelle Erfahrungen, denn aus dem Interesse an Natur- und Kulturgütern haben sie sich auf eine Reise begeben.

Oberstes Ziel eines nachhaltigen Tourismus sollte folglich sein, die Natur zu erhalten und Kultur zu schützen. Dabei ist bei der Gestaltung des Tourismus ausschlaggebend, ob diese positive oder negative Auswirkungen auf Natur, Kultur und Bevölkerung hat. Nachhaltiger Tourismus sollte ökologisch tragfähig, gerecht für alle beteiligten Menschen und wirtschaftlich sinnvoll gestaltet sein.

Wunstorf wächst: die Prognose zur Bevölkerungsentwicklung ist positiv. Es ist davon auszugehen, dass Wunstorf in den nächsten Jahren weiter wächst. Zugleich erleben wir einen Strukturwandel in Wirtschaft und Beschäftigung. Ehemals größere Arbeitgeber*innen haben den Betrieb eingestellt (u. a. Langnese-Iglo) oder reduziert (Kali + Salz mit der Einstellung des Bergbaus).

Insgesamt gibt es nur noch wenige größere Unternehmen und Arbeitgeber*innen, jedoch zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen. Der Mittelstand, die Nahversorgung mit Landwirtschaft, Einzelhandel und Gesundheitswesen und der Tourismus bilden daher neben Immobilien- und Bauwirtschaft sowie dem Handwerk die Schwerpunkte von Wunstorfs Wirtschaft. Diese gemischte Struktur der regionalen Wirtschaft unter der Perspektive einer Zunahme an Bevölkerung hat Potenzial für eine zukunftsweisende positive Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Wunstorf.

Für die Umwälzungen im Einzelhandel in der Innenstadt – auch in Folge der Corona-Pandemie – müssen Lösungen auch abseits des Handels gefunden werden. Leerstände wollen wir vermeiden. Wir können uns gut vorstellen, dass z. B. eine Schaffung von „Co-Working Spaces“ hierzu beitragen kann. Die vorhandene Verkehrsinfrastruktur mit Anbindungen an die Landeshauptstadt Hannover kann Wunstorf als Standort für Freiberufler*innen attraktiv machen.

Auch hierzu braucht es ein umfassendes Angebot an Versorgung durch Einzelhandel und Gesundheitsdienste, Kultur- und Freizeitangebote sowie einen Erhalt des Lebensraums von Mensch und Natur. Wir wollen regionale Erzeugungs-, Versorgungs- und Vermarktungsstrukturen unterstützen und den Aufbau neuer Initiativen fördern.

Ansätze, die Innenstädte zu Marktplätzen des Lebens zu entwickeln und sie durch mehr Grün und Freiraum aufzuwerten sowie Multifunktionshäuser zu etablieren, unterstützen wir.

Umwelt- und gesundheitsgefährdende Unternehmen der Asbest- und Zementproduktion gibt es nicht mehr; Altlasten sind jedoch geblieben. Hierfür müssen zum Teil noch nachhaltige Lösungen gefunden bzw. begonnene Maßnahmen vollendet werden (Verfüllung des Bergwerks mit Wasser/Bewuchs der Halden). Ein Pilotprojekt zu Agrofood in industriellem Maßstab ist von K+S gestartet worden. Damit entsteht Entwicklungspotenzial für einen neuen wirtschaftlichen Schwerpunkt in der Ernährungswirtschaft.

Neue innovative Wirtschaftszweige in Wunstorf anzusiedeln, beispielsweise indem die Entwicklung von Clustern im Bereich der regenerativen Energieversorgung gefördert wird, ist erstrebenswert. Start-ups sollen gezielt günstige Mietflächen und Unterstützung angeboten werden. Auch im digitalen Handel und innovativen Serviceangeboten sehen wir Potenzial für unseren Wirtschaftsstandort. Zum von uns favorisierten neuen Denken in Wirtschaftsfragen gehören auch „Shared Economy“ Lösungen, bei denen Besitz geteilt und so wertvolle Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Der Ausbau und die Entwicklung neuer Gewerbeflächen können erfolgen, wenn sie klimaneutral sind.

Wir wollen das Wachstum Wunstorfs zukunftsweisend und nachhaltig gestalten – für die Menschen in der Stadt Wunstorf mit seinen Ortsteilen und für die Unternehmen am Standort. Wir wollen ein attraktives, lebenswertes, klimafreundliches und innovatives Wunstorf, in dem Menschen gerne wohnen und arbeiten und Unternehmen gute Standortbedingungen vorfinden (Infrastruktur, Fachkräfte, Gewerbesteuer, Verkehrsanbindungen, Klimaneutralität, Regenerative Energien).

Wir wollen innovative und zukunftsweisende Verkehrskonzepte entwickeln und umsetzen. Ziel ist es, umweltfreundliche Technologien zu etablieren, neue Mobilitätskonzepte (z. B. Car-Sharing, autonome Shuttle-Services „Steinhuder Meer Shuttle“), neue Bahn- oder Schiffsverbindungen, Synergien im Gewerbeverkehr aufzubauen, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und die Verkehrsbelastung auf den Straßen zu senken sowie die Ausweitung von Parkraum überflüssig zu machen. Hierdurch ist eine Steigerung der Attraktivität insbesondere der Innenstadt und von Steinhude zu erwarten.

6.2 Arbeit

Wir wollen Verwaltungsvorgänge vereinfachen, optimieren und digitalisieren, so dass sie für Unternehmen und Bürger*innen einfacher und schneller umgesetzt werden können (E-Government). Unsere Verwaltung soll in allen Punkten eine moderne und kompetente Dienstleisterin für die Bürger*innen unserer Stadt sein.

Wofür wir uns zuletzt eingesetzt haben:

- Ausstattung der Bauverwaltung mit weiterem Personal.
- Berücksichtigung von Gleichstellung und Diversität bei Stellenbesetzungen.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Gewerbegebiete mehr mit Mischgewerbe anstelle reiner Logistikunternehmen besetzen. Dabei möglichst personalintensive Betriebe und Schlüsselgewerbe ansiedeln.

- Arbeitsplätze vor Ort schaffen mit Priorität auf Fachkräfteansiedlung.
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Recht auf Home-Office in der Verwaltung.
- Vorantreiben der Digitalisierung zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen als Grundlage für z. B. mobiles Arbeiten.
- Stärkung der Vorbildfunktion der Verwaltung im Hinblick auf Gleichstellung und Diversität.

6.3 Wirtschaft

Wir wollen Innovationen, Unternehmensgründungen und -ansiedlungen fördern, die zur Wirtschaftsstruktur Wunstorf passen und zur Steigerung der Lebensqualität, zum Erhalt der Umwelt und zum Klimaschutz beitragen, insbesondere in den Bereichen Tourismus, Verkehr, Freizeit, Kultur, Landwirtschaft, Ernährung, Handel, Handwerk, Gesundheitswesen und Dienstleistungen der Nahversorgung.

Für uns sind Nachhaltigkeit, Klima- und Ressourcenschutz wichtige Wirtschaftsfaktoren in Wunstorf. Wir setzen uns für eine **nachhaltige und regional orientierte Wirtschaftspolitik** ein. Wichtig ist uns ein qualitatives Wachstum, welches sich beispielsweise in der Verbesserung der Aufenthaltsqualität für die Bürger*innen Wunstorfs oder der Steigerung des Naturreichtums und sozialer Aktivitäten niederschlagen kann. Wir möchten solche Investitionen fördern, die mit diesem Grundsatz zu vereinbaren sind.

Dafür ist es in erster Linie wichtig, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, die bereits in Wunstorf angesiedelt sind. Durch die direkte Befragung der Unternehmen durch die Mitarbeitenden der Wirtschaftsförderung wollen wir in Erfahrung bringen, wie sich die städtischen Strukturen verbessern lassen, damit Unternehmen gern in Wunstorf sind. Wir setzen uns dafür ein, ein **Standort-Monitoring** durchzuführen, um von den Unternehmern in der Stadt selbst zu erfahren, wo die Stadt besser werden kann.

Etablierte Unternehmen sollen sich beteiligen und von neuen Ideen profitieren, das eigene Business weiterentwickeln. Es entstehen neue Netzwerke und daraus wiederum neue Geschäftsideen, die Wunstorf von anderen Städten vergleichbarer Größe unterscheiden.

Neben der Förderung schon vorhandener Wirtschaftsstrukturen müssen wir im Standortwettbewerb mit anderen Regionen auch für neue Investoren attraktiv sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Standort-Interessenten möglichst eine*n Ansprechpartner*in in der Behörde bekommen, welche*r innerhalb eines überschaubaren Zeitfensters alle Fragen klären kann, die für deren Neuansiedlung relevant sind.

Gemeinsam mit der städtischen Wirtschaftsförderung wollen wir innovative Neugründungen im Bereich Nachhaltigkeit durch passende Förderprogramme noch besser unterstützen. Dabei wollen wir u. a. das Programm „Ökoprofit“ (Ökologisches Projekt Für Integrierte Umwelt-Technik der Region Hannover) nutzen und es für Unternehmen noch attraktiver machen.

Wir schaffen gute Bedingungen für unternehmerisches Handeln und werden uns für eine starke Wirtschaft mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen einsetzen. Unsere Stadtratsmitglieder vertreten die Stadt in Unternehmensnetzwerken und werden Firmenansiedlungen in vorhandenen Gewerbegebieten unterstützen. Vor allem Unternehmen mit regionalem Bezug tragen mit der Zahlung von Gewerbesteuern zu einem dauerhaften stabilen Finanzhaushalt der Stadt bei.

Wir wollen erfolgreich die Förderung nachhaltigen Wirtschaftens vorantreiben und dabei die Ansiedlung nachhaltiger Unternehmen fördern. Klimaschutz und Ressourcenschonung werden wesentliche Merkmale des Standortprofils der neuen Gewerbeansiedlungen in Wunstorf sein. Dabei müssen bei bevorzugter Vermeidung auch nachhaltige Lösungen zu Altlasten berücksichtigt werden.

Wunstorf zeichnet sich durch seine gute Verkehrsanbindung über Wasser, Schiene und Straße aus. Daher haben sich einige Logistikunternehmen und Unternehmen angesiedelt, für die die Distribution von Waren eine große Bedeutung hat. Wir setzen uns für eine weitgehende Verlagerung von Schwerlastverkehr von der Straße auf Schiene und Wasserwege ein. So werden wir uns darum im Gewerbegebiet Süd bemühen, die Trimodalität mit Hafen und Gleisanschluss auszubauen.

Orte mit funktionierenden Co-Working-Spaces sind attraktiv – auch für Gäste. Wunstorf kann sich mit dem Angebot eines Co-Working-Space als attraktiver, moderner Standort für neue Arbeitsformen positionieren und Wohnen, Leben und Arbeiten in optimaler Kombination anbieten.

Wegen der hervorragenden Voraussetzungen zur Erholung kommt dem Tourismus eine große Bedeutung zu. Wir betrachten einen Steinhuder Meer-Tourismus ganz klar als Wirtschaftsfaktor. Wir wollen daher den umweltfreundlichen und nachhaltigen Tourismus und die Naherholung für die Menschen stärken.

Wofür wir uns zuletzt eingesetzt haben:

- Jährlich mehrere „Grünsnacks“ durchgeführt – ein offenes Gesprächsformat zum Austausch.
- Zusammenarbeit mit Aktionskreis Kali + Salz, Untergruppe Arbeitskreis K + S Wunstorf.
- Regelmäßiger/Produktiver Austausch mit der Werbegemeinschaft.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Aktiver Einbezug und Stärkung der Wirtschaftsförderung bei laufendem Standort-Monitoring mit Kontakt zu den Gewerbetreibenden in Wunstorf, insbesondere über die Unternehmensnetzwerke.
- Ansiedlung nachhaltiger Unternehmen und Förderung von Unternehmen mit regionalem Bezug, die durch die Zahlung von Gewerbesteuer zu einem dauerhaft stabilen Finanzhaushalt der Stadt beitragen.
- Suche, Ausbau und Förderung von neuen innovativen Wirtschaftszweigen und Start-Ups und Shared-Economy-Lösungen, z. B. Innovationspark K + S in Bokeloh oder Zukunftsthemen wie nachhaltige Verpackung oder Recycling.
- Ausbau und Verbesserung der digitalen Infrastruktur bei Mobilfunk und Internetanbindung.
- Stärkung des Innenstadthandels mit Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt sowie gleichermaßen Förderung einer fruchtbaren Koexistenz aus digitaler und stationärer, traditioneller Wirtschaft.
- Wir möchten die Implementierung von *Co-Working-Spaces* auch für Homeworking bei zu kleinen Wohnungen unterstützen und fördern. z. B. in der Südstraße. Kleine, aufstrebende Unternehmen müssten nicht alle Fixkosten alleine tragen und durch die gemeinsame, alternierende Nutzung wird nicht unnötig viel gewerbliche Baufläche gebunden. Eventuell können so auch leer stehende Gewerbeflächen in der Innenstadt wiederbelebt werden.
- Vermeidung von Einschränkungen für Wohngebiete durch neue Gewerbeansiedlung.

- Prüfung von Möglichkeiten, um die Nutzung regenerativer Energiequellen durch die lokalen Unternehmen weiter zu fördern und auszubauen (PV-Anlagen auf Dächern, E-Ladesäulen, etc.).
- Beteiligung am Schlüsselprojekt „Ökologisch Wirtschaften“ der Klimaschutzregion Hannover.

6.4 Finanzen

Wir verfolgen trotz der Corona-Krise das Ziel einer nachhaltigen kommunalen Finanzpolitik. Die Krise hat der Stadt Wunstorf erhebliche finanzielle Probleme bereitet, zum einen durch geringere Einnahmen vor allem aus der Gewerbesteuer und zum anderen durch neue Belastungen. Die zusätzlichen Mittel des Bundes und des Landes Niedersachsen konnten die Defizite nicht komplett kompensieren, so dass eine weitere Neuverschuldung für die Jahre 2021/2022 erforderlich ist.

Zur Aufrechterhaltung notwendiger Dienste und Infrastruktur sowie für Investitionen in die Zukunft können wir diese Schulden – insbesondere in der aktuellen Niedrigzinsphase – dennoch vertreten und sind davon überzeugt, dass diese erforderlich sind. Die notwendige Genehmigungspflicht der kommunalen Haushalte durch die Kommunalaufsicht, insbesondere im Hinblick auf Schulden, haben wir dabei im Blick.

Nach Überwindung der Corona-Krise soll ein nachhaltiger Prozess der Haushaltskonsolidierung mit dem Ziel der Entschuldung umgesetzt werden. In jedem Fall wollen wir die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt nachhaltig sicherstellen. Dazu müssen Einnahmen und Ausgaben auf den Prüfstand. Gegebenenfalls erforderliche Kürzungen sollen nach sachlichen Kriterien für die Öffentlichkeit transparent und gerecht vorgenommen werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Zuweisungen des Landes an die Stadt erhöhen und die Idee eines Altschuldentilgungsfonds auf Bundesebene Realität wird. Wir wollen weiter an der Effizienz unserer Verwaltung und Eigenbetriebe arbeiten und mit Investitionen im Rahmen unserer Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass sich unsere Steuereinnahmehasis strukturell und dauerhaft verbessert.

Wofür wir uns zuletzt eingesetzt haben:

- Abschaffung der Straßenausbau-Beitragssatzung (StrABS).
- Ablehnung Kunstrasenplatz Luthe hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen.
- Erhöhung Tourismus-Beitrag, Anfrage zur Beitragskalkulation.
- Antrag auf Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens.

Woran wir mit grüner Politik konkret arbeiten wollen:

- Ausgeglichener städtischer Haushalt, Entwicklung eines Konzepts zur Entschuldung und Vermeidung einer zusätzlichen Verschuldung.
- Konsequente Haushaltskonsolidierung durch Reduzierung von Kosten, die in Sparzielen bei der Verwaltung definiert werden.

- Einführung eines Controllings bei Bedarf mit einer entsprechenden Stelle in der Verwaltung, die Potenziale ausarbeitet, Politik und Verwaltung in Haushaltsfragen und -zielsetzungen unterstützt und die Wirksamkeit von Maßnahmen überprüft.
- Digitalisierung der Verwaltung.
- Investitionen in die Zukunft wie z. B. Kitas, Schule, energetische Gebäudesanierungen.
- Unterstützung des Aufbaus einer Energiegenossenschaft gemeinsam mit den Stadtwerken Wunstorf.
- Bei veränderter Grundsteuer Maßnahmen unterstützen, die verhindern, dass Vermieter*innen diese als Nebenkosten auf die Miete aufschlagen dürfen.
- Erhöhung unseres Anteils an den Schlüsselzuweisungen des Landes/Bundes, u. a. durch ein Wachstum der Wunstorfer Bevölkerung.
- Zukunftsorientierte Priorisierung mit der Methode Nutzwertanalyse, mit der unterschiedliche Vorhaben vergleichbar gemacht werden können.
- Förderung von Unternehmen mit regionalem Bezug, die durch die Zahlung von Gewerbesteuer zu einem dauerhaft stabilen Finanzhaushalt der Stadt beitragen.
- Umfangreiche Nutzung von Fördermöglichkeiten von Region, Land, Bund und EU.
- Verfahren entwickeln, um Bürger*innen in die Haushaltsberatungen einzubeziehen (evtl. Schaffung eines sogenannten Bürgerhaushalts) und Transparenz über die städtischen Finanzen erhöhen

7. Fazit

Wir danken Ihnen, dass Sie sich mit unserem Wahlprogramm beschäftigt haben und sind sehr zuversichtlich, dass Sie unsere Ziele zur Zukunft unserer Stadt teilen. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Wunstorf lebens- und liebenswert nicht nur für uns, sondern auch für die nachfolgenden Generationen bleibt.

Dazu braucht es jedoch „Mehr Grün für Wunstorf“ im Rat und an der Spitze des Rathauses mit **Frank Kettner-Nikolaus als Bürgermeister**. Nur so können wir wirklich Klimaschutz in Wunstorf umsetzen, zu einer klimaneutralen Stadt werden, die Wirtschaft nachhaltig entwickeln und die sozialen Probleme vor allem in der Kinderbetreuung und beim Wohnen lösen. Bitte helfen Sie uns dabei – durch Ihre Stimmen bei der Kommunalwahl für Stadtrat, Ortsräte, Regionsversammlung und Bürgermeisterwahl am 12. September.